

Karl Marx ist ein Chinese und ein Russe

Man muss sich vergegenwärtigen, dass sich China in seinem Aufstreben keineswegs dem Kapitalismus zuwendet, sondern sich weiterhin den Idealen von Karl Marx verpflichtet fühlt. Der derzeitige Staatskapitalismus wird lediglich als Vorstufe zum Sozialismus verstanden. Die damalige Sowjetunion hatte unter Michail Gorbatschow mit „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau) freiheitliche, marktwirtschaftliche und beinahe schon demokratische Elemente ins russische Staatswesen gebracht. Es war der Staatsräson nicht bekommen: Die Sowjetunion zerfiel, vom ehemaligen Ostblock ist nichts mehr übrig geblieben. Aus dieser Entwicklung hat China gelernt.

Am 1. Juli 2021 feierte die Kommunistische Partei (KP) Chinas ihren 100. Jahrestag mit viel Pomp. Die KP ist die einzig entscheidende politische Kraft im bevölkerungsreichsten Land der Welt. Mit etwa 95 Millionen Mitgliedern ist sie außerdem die zweitgrößte politische Partei der Welt – nur Indiens Bharatiya Janata Party kommt auf mehr. Zudem ist Chinas KP die letzte und langlebigste kommunistische Partei von Weltgröße. Zum Vergleich: Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation kommt nicht einmal auf 200.000 Mitglieder.¹⁵ Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) am 25. Dezember 1991 in Russische Föderation umbenannt worden.¹⁶ Im vorliegenden Buch wird überwiegend die Bezeichnung Russland dafür verwendet.

Über die Frage, warum der Kommunismus in China überlebt hat, anders als etwa in der Sowjetunion, streiten Historiker. Eine plausible Erklärung lautet: In China hat sich die kommunistische Ideologie als besonders flexibel erwiesen. Der KP-Mitgründer Mao Zedong sowie seine einflussreichsten Nachfolger Deng Xiaoping und Xi Jinping im Amt des Parteichefs haben die marxistisch-leninistische Ideologie um neue Elemente erweitert und sie zu einem Instrument politischer Kontrolle im absolutistischen Stil gemacht.¹⁷

Im Narrativ der Propaganda ist die Geschichte des heutigen Chinas untrennbar von der Geschichte der Partei. In ihrem Namen leitete Mao Zedong die Industrialisierung des Landes ein, in Säuberungswellen der Fünfzigerjahre, während des sogenannten Sprungs und der Kulturrevolution starben Millionen Menschen. Deng Xiaoping liberalisierte als absolutistischer Herrscher die chinesische Wirtschaft und schlug die Demokratiebewegungen blutig nieder.¹⁸ Der amtierende Xi Jinping ist nun offenbar fest entschlossen, die globale Vorherrschaft der USA zu brechen und China auf den ersten Platz unter den Weltmächten zu setzen. Die Zeit dafür bis 2049 hat er: Im März 2018 hob der chinesische Volkskongress die Begrenzung der Amtszeit für den Präsidenten auf.¹⁹ Während Wladimir Putin laut russischer Verfassung noch bis 2036 regieren kann, darf sein Kollege aus der Volksrepublik China bis zu seinem Lebensende an der Spitze des Staates stehen. Und bis dahin hat er offenbar noch einiges vor.²⁰

Globaler Wettbewerb der Gesellschaftssysteme

Noch vor 2050 will China zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt aufsteigen. Spätestens wenn dieses Ziel erreicht ist, wird sich der globale Wettbewerb der Gesellschaftssysteme stellen: Der westlich-liberale Kapitalismus Europas und Nordamerikas muss sich spätestens dann vermutlich auf einen Angriff des marxistisch-sozialistischen Modells gefasst machen. Aus chinesischer Sicht ist der Sozialismus besser geeignet, Wohlstand für den Großteil der Bevölkerung bereitzustellen als der Kapitalismus, der aus dieser Perspektive lediglich einem Bruchteil der Menschen Reichtum beschert. Das Seidenstraßen-Projekt trägt damit sicherlich auch die politische Motivation, dieses Modell sukzessive in ganz Asien, Europa und Afrika zu etablieren. Der über Jahre hinweg zunehmende Keil zwischen Europa und den USA kommt somit der chinesischen Politik sehr entgegen. Der US-Position „America first“ steht das Gegenmodell „China only“ entgegen, während Europa in zunehmender Nationalisierung drohte, der Kleinstaaterei anheim zu fallen. Die russische Invasion in der Ukraine 2022 hat indes die Bande zwischen Europa und den USA verstärkt wie lange kein Ereignis zuvor. Es war geradezu ein Weckruf an die westliche Welt, die beiden kommunistischen Machtblöcke als Gegner nicht zu unterschätzen. Der 2021 ins Amt gekommene US-Präsident Joe Biden hat bereits klargestellt, dass sein Land weder dem Aufstieg Chinas noch dem Russlands tatenlos zusehen wird.²¹

Die USA wird sich vor allem dem Ziel Chinas, die weltweite Innovationsführerschaft zu übernehmen, mit aller Macht entgegenstellen. Damit ist der Konflikt mit Europa vorprogrammiert: China wird künftig noch stärker als bisher versuchen, vor allem know-how- und technologie-starke Unternehmen in Europa zu übernehmen. Tatsächlich ist dieser Prozess längst im Gange. Nachdem der ehemalige US-Präsident Donald Trump China unfaire Handelspraktiken vorgeworfen und das große Defizit im Warenaustausch beider Länder angeprangert hat, beschuldigte China die USA im Gegenzug der „Handels-Tyrannie“. Der deutsche Altbundeskanzler Gerhard Schröder hat längst die Verortung Europas in diesem Konflikt ausgemacht und vorgeschlagen, dass sich Europa keineswegs als Teil eines amerikanischen Handelskonfliktes mit China aufstellen lassen sollte, sondern ganz im Gegenteil die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen und sich an die Seite China stellen sollten. „Wir können uns nicht gefallen lassen, dass wir wie ein besetztes Land behandelt werden“, sagte Gerhard Schröder mit Blick auf das Verhalten der USA.²² Es wäre eine Abkehr von der transatlantischen Freundschaft hin zu einer eurasischen Brücke. US-Präsident Joe Biden sucht seit 2021 dieser Annäherung Europas an Chinas entgegenzuwirken. Er will eine globale Allianz gegen die Dominanz Chinas schmieden – und dazu offenbar die G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) zu einem Anti-China-Bündnis umfunktionieren. Im Kern fordert Biden die Staatengemeinschaft auf, sich zwischen China und den USA zu entscheiden (natürlich für die USA), also keine äquidistante bzw. mehr oder minder neutrale Rolle einzunehmen. In Bezug auf Russland hat sich die Frage der Nähe nach dem militärischen Einmarsch in die Ukraine erledigt.

Europa schaut vor allem auf sich selbst

Europa ist allerdings ein Kontinent, der primär auf sich selbst schaut. Die europäische Gesellschaft hat kaum eine Vision für die Zukunft des eigenen Kontinents geschweige denn der Welt. Die europäische Politik folgt weitgehend dieser Fantasielosigkeit der Gesellschaft, die im Grunde nur den heutigen Wohlstand bewahren und ihr bequemes Leben weiterhin führen will. Allerdings beschleicht immer mehr Menschen in Europa die Ahnung, dass diese Bequemlichkeit und diese Visionslosigkeit zum Abstieg Europas führen werden. Die hiesige Politik denkt kaum fünf Jahre voraus, die chinesische Politik denkt und lenkt in Zeiträumen von 50 Jahren und länger.

Bestes Beispiel hierfür stellt die Entwicklung eines euroasiatischen Eisenbahnnetzes dar, die China vorantreibt. Mit einem Investitionsvolumen von über 130 Milliarden Dollar baut China ein Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz zwischen Asien und Europa auf. Ziel ist der Warentransport von China nach Europa innerhalb eines Tages. In den 2020er Jahren will China Millionen von Containern auf diesem Landweg transportieren. Schon seit 2020 bringt die Bahn fahrbereite Autos – also nicht etwa nur Komponenten – aus China nach Europa.

Am 13. Juli 2021 kam der erste Güterzug auf der neuen Direktverbindung zwischen der chinesischen Provinz Anhui und dem JadeWeserPort in Wilhelmshaven an. Der Zug mit 100 Containern war am 25. Juni in China gestartet und über Kasachstan, Russland und Polen nach Deutschland gefahren.²³ Bald soll es einen regelmäßigen Schienenverkehr zwischen China und dem Hafen geben.

Im militärischen Machtgehabe Russlands sieht China für sich vor allem die Gefahr, dass die Landverbindungen zwischen der Volksrepublik und Europa leiden. Für ein stabiles Eisenbahnnetz als Grundlage für eine zuverlässige sino-europäische Logistik spielen die Überlandwege durch Russland und teilweise auch die Ukraine eine wesentliche Rolle. Die kriegerischen Unruhen, die Russland nicht erst seit 2022 in die Staaten rund um seine Landesgrenzen bringt, können dem chinesischen Regime also gar nicht gefallen.

Es ist daher davon auszugehen, dass China wie schon 2022 im Kampf um die Ukraine eher besänftigend auf Russland einwirken wird, um die Auseinandersetzungen nicht allzu groß werden zu lassen. Überall dort, wo es Moskau gelingt, den Einfluss der USA zurückzudrängen, sind China die russischen Aktivitäten sicherlich recht – aber eben nicht, wenn (vorzeitig) ein „großer Krieg“ vom Zaun gebrochen wird. Denn die Chinesen wollen die nächsten Jahre vor allem zur weiteren wirtschaftlichen und politischen Vernetzung rund um den Erdball nutzen.

China und die Apec-Staaten

In der Gegenpositionierung zu den USA versucht China möglichst weite Teile der Welt an sich zu binden. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Staaten der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) ein. Die 21 Apec-Länder repräsentieren etwa 2,8 Milliarden Menschen und gut die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung. Beim Apec-Gipfel 2018 in Port Moresby nahm sich Chinas Regierungschef Xi zwei Tage Zeit, um einen Sondergipfel mit acht kleinen Pazifikstaaten abzuhalten, die eine überaus wichtige Rolle in der Region spielen. Denn genau dort, auf Inselgruppen, die US-Truppen im Zweiten Weltkrieg zum Teil der japanischen Besatzung entrissen hatten, baut China seit einiger Zeit neue Infrastrukturen von immenser strategischer Bedeutung auf.

Der Ansatz dazu ist so simpel wie wirksam: Peking versorgt die überwiegend schwachen Regierungen mit Spenden und Krediten, um dadurch wirtschaftliche und letztlich politische Abhängigkeiten zu schaffen. Das Modell funktioniert nicht nur im Pazifik, sondern von Südostasien bis Afrika und zunehmend auch in Europa, wie der Erfolg der neuen Seidenstraße zeigt.

Washington sieht diese Entwicklung mit Argwohn. So sagte US-Vizepräsident Mike Pence schon auf dem Apec-Gipfel 2018: „Die Sicherheit und der Wohlstand unserer Nation sind von dieser zentralen Region abhängig. Die USA werden weiterhin sicherstellen, dass alle Nationen, die großen und die kleinen, in einem freien und offenen Indopazifik blühen und gedeihen können.“ Die Benutzung des Begriffs „Indopazifik“ statt „Pazifik“ ist kein Zufall: Die US-Strategen wollen damit klarstellen, dass sich die Ausrichtung Amerikas über die Straße von Malakka hinaus auf Indien ausdehnt. Gemeinsam mit Australien und Japan bilden Indien und die USA den losen Verbund der „Quad“. Die vier Länder sind sich vor allem in einem einig: Sie hegen ein tiefes Misstrauen gegenüber China.

Gleichzeitig starteten die USA eine diplomatische Charmeoffensive in allen Ländern, die sich angesichts Chinas wachsender Dominanz unwohl fühlen. Dazu gehören etwa Vietnam und Malaysia, aber auch die Inselrepublik Taiwan, die Peking als abtrünnige Provinz betrachtet, und die vom Pentagon mit Waffenlieferungen versorgt wird. Darüber hinaus legten die USA ein mit 60 Milliarden Dollar ausgestattetes Finanzprogramm auf, um strategisch wichtigen Ländern unter die Arme zu greifen. Eigens hierfür wurde eine neue Bundesagentur für USInvestitionen in Entwicklungsländer aus der Taufe gehoben. Die dafür bereitgestellten 60 Milliarden US-Dollar waren natürlich lächerlich angesichts der chinesischen Billionen für die Neue Seidenstraße. Aber es war immerhin ein symbolischer Akt, um zu verdeutlichen, dass Länder, die sich mit den USA verbünden, nicht leer ausgehen müssen. Ob es reichen wird, darf bezweifelt werden.

Ausgerechnet Rodrigo Duterte, der Präsident der Philippinen, des wohl engsten US-Verbündeten im Pazifik, sagte auf dem Apec-Gipfel 2018, zu dem der US-Präsident selbst nicht gekommen war, sondern nur Vizepräsident Mike Pence geschickt hatte:

„China ist da. Das ist eine Realität, und Amerika und alle anderen sollten das zur Kenntnis nehmen.“

Die Philippinen stehen mit dieser Haltung nicht allein. Südkoreas Präsident Moon Jae In unterhält schon lange enge Kontakte mit China, weil er weiß, dass eine Wiedervereinigung Koreas ohne chinesisches Einverständnis niemals möglich ist – da nützten alle mehr oder minder tölpelhaften Verhandlungen des damaligen US-Präsidenten Donald Trump mit Nordkorea gar nichts.

Japan fuhr zweigleisig. Nach dem Amtsantritt Trumps 2017 war Japans Ministerpräsident Shinzo Abe als erster Regierungschef an Ort und Stelle, um dem neu gewählten US-Präsidenten persönlich zu gratulieren. Doch im Oktober 2018 reiste er mit einer Delegation von mehr als 1.000 Unternehmen nach Peking, um die chinesisch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern.

Alle diese Länder im Pazifik waren nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Schirm der US-Dominanz erblüht: neben Japan, dem Erzfeind aus dem Zweiten Weltkrieg, auch Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand und selbst das kommunistische Vietnam, das Bauernopfer des Kalten Kriegs. Doch angesichts des unaufhaltsamen Aufstiegs Chinas verschiebt sich die Machtbalance in der Region: Die USA sind nicht länger der unangefochtene Herrscher.

Wettbewerb um die Weltordnung

Der zu dieser Zeit frisch gebackene US-Präsident Donald Trump trat 2017 seinen ersten Staatsbesuch in China an. Trump schwärmte von Xi Jinping als einen „großartigen Freund“ und sprach von der „guten Chemie“ zwischen ihm und dem chinesischen Staatslenker. Nicht einmal Stellvertreterkriege waren damals in Sicht, abgesehen von fortwährenden Scharmützeln auf See.

Doch schon wenige Wochen nach Trumps Rückkehr aus Peking 2017 verpasste die US-Regierung der Nationalen Sicherheitsstrategie ein Update und definierte das amerikanischchinesische Verhältnis klipp und klar als einen „Wettbewerb zwischen freien und repressiven Visionen der Weltordnung“. Kurz darauf folgte das US-Verteidigungsministerium mit einer aktualisierten Nationalen Verteidigungsstrategie, in der China noch vor Russland als „strategischer Wettbewerber“ der USA eingestuft wurde. Das Pentagon bezeichnete China als eine „revisionistische Macht“, welche die „wirtschaftlichen, diplomatischen und Sicherheitsentscheidungen“ der USA unterminiert.

Kurz darauf begann eine Eskalation gegenseitiger Verdächtigungen und Beschuldigungen. Der zu dieser Zeit amtierende FBI-Direktor Christopher Wray bescheinigte China, „die umfassendste, komplizierteste und langfristige“ Bedrohung für die Spionageabwehr der USA zu sein. Dem früheren Erzfeind Russland ginge es nach